

Beat Holdener
Erlenstrasse 16
6300 Zug

Zug, 18. März 2019

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 18. März 2019
Bekanntgabe im GGR : 19.3.2019
Überweisung im GGR : 9.4.2019

Grosser Gemeinderat der Stadt Zug
Präsident Bruno Zimmermann
Stadthaus am Kolinplatz
6301 Zug

Einzelinitiative für eine einfachere Bewilligung von Zwischennutzungen

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates

Gemäss Paragraph 115 des Gemeindegesetzes des Kantons reiche ich folgendes Begehren als Einzelinitiative ein:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen (zum Beispiel der städtische Bauordnung oder anderer Regulierungen) einzuleiten, damit Bewilligungen für Zwischennutzungen von leerstehenden Objekten (Räume, Wohnungen, Gebäude, Areale, Brachflächen) einfacher erteilt werden können.

Begründung

Zwischennutzungen bringen vielen Interessengruppen einen bedeutenden Mehrwert:

- Für die Eigentümer*innen sind sie wirtschaftlich vorteilhaft. Sie ermöglichen, Gebäude mit wenig Aufwand instand zu halten und Schäden durch Vandalismus, Besetzung oder Nichtbenutzung der Installationen zu verhindern. Der Wert einer Immobilie kann unter Umständen sogar gesteigert werden.
- Für ein Gemeinwesen stellen sie eine Möglichkeit dar, die Lebensqualität zu erhöhen, die Einwohner*innen an Prozessen der Stadtentwicklung teilhaben zu lassen, Quartiere zu beleben oder sogar Arbeitsplätze zu schaffen.
- Für die Bevölkerung bieten sie Freiräume, um bestehende soziale und kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen, sich aktiv in die Stadtentwicklung einzubringen, sich zu vernetzen, Beziehungen zu pflegen und unterschiedliche Menschen zu integrieren.
- Start-ups und gewerbliche Nutzer*innen können dank günstigen Flächen innovative Geschäftsmodelle erproben.
- Interessierte Mieter*innen können durch die vorübergehende Nutzung von Gewerbeflächen für Wohnnutzung neue Wohnformen ausprobieren.
- Für die Kulturszene schaffen sie Möglichkeiten, niederschwellig Experimente zu wagen und neue Projekte zu kreieren.

Trotz vielen Vorteilen stehen in der Stadt Zug erfahrungsgemäss Zwischennutzungen bürokratische Hindernisse im Wege. So tun sich aktuell die städtischen Behörden bei der äusserst interessanten Zwischennutzung «Nordpol» offenbar schwer, in gewissen Bereichen beförderlich die notwendigen Bewilligungen zu erteilen. Auch bei vorübergehenden Wohnnutzungen in Gewerbezonon stellt sich die Stadt quer.

Für Zugs Image wäre es von Nutzen, sich nicht nur mit Crypto-Business und tiefen Steuern zu profilieren, sondern auch mit der Förderung von innovativen Ideen in anderen Gebieten.

Wenn die Stadtbehörden nicht in der Lage sind, Zwischennutzungen rasch und unbürokratisch zu bewilligen und zu ermöglichen, dann sind offensichtlich Änderungen an den gesetzlichen Grundlagen nötig. Ist dies nicht der Fall, müsste es ja am fehlenden Willen des Stadtrates liegen.

Mit freundlichen Grüssen



Beat Holdener